**Presseinformation**

**Sharkproject setzt sich bei UN Ocean Conference für Schutz der Haie ein**

Lissabon / Zürich – 5. Juli 2022: Von 27. Juni bis 1. Juli fand in Lissabon, Portugal, die United Nations Oceans Conference 2022 (UNOC) statt. Auch Sharkproject als international tätige Meeres- und Artenschutzorganisation war vor Ort vertreten. Über 5.000 Politiker, Wissenschaftler und NGO-Vertreter aus über 150 Ländern diskutierten in Lissabon fünf Tage lang über aktuelle Forschungsergebnisse, die brennendsten Probleme der Weltmeere und mögliche Lösungsansätze für die internationale Staatengemeinschaft.

Gemeinsam mit renommierten Forschern und Vertretern zahlreicher Partner-NGOs ist es gelungen, die internationale Politik vor Ort auf die besondere Bedeutung des Hai-Schutzes für die Gesamtheit der maritimen Ökosysteme aufmerksam zu machen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: An über 40 Stellen wird in diversen Begleitdokumenten und Präsentationen der Konferenz nicht nur auf die Notwendigkeit eines internationalen Fischereimanagements, sondern auch auf den Hai-Schutz eingegangen.

**Sharkproject: Es gibt keine Ausreden mehr – Meeres- und Hai-Schutz muss endlich ernsthaft umgesetzt werden!**

In den letzten 50 Jahren ist der weltweite Bestand von Haien und Rochen um über 70 Prozent geschrumpft. Heute sind laut der Weltnaturschutzunion IUCN ([www.iucn.org](http://www.iucn.org)) mehr als ein Drittel aller Haie und Rochen vom Aussterben bedroht. Die Zahl der akut bedrohten Arten steigt außerdem stetig. Die meisten Hochsee-Haie stehen mittlerweile aufgrund industrieller Überfischung vor der Ausrottung durch die Menschen. Auch der Bestand von Riffhaien sinkt weltweit.

Dazu Tina Reiterer, für Sharkproject International bei der UNOC: „Die Probleme unserer Weltmeere und die Notwendigkeit des Hai- und Artenschutzes wurden in Lissabon klar benannt und wissenschaftlich belegt. Es gibt keine Ausreden mehr. Mit strengen Gesetzen, verbindlichen internationalen Vereinbarungen und mit technischen Innovationen im Bereich der Fischerei-Überwachung wäre die Menschheit in der Lage, die größten Probleme unserer Meere noch in den Griff zu bekommen. Dazu ist allerdings rasch gemeinsames Handeln notwendig.“

**Sharkproject: Meere dürfen in Zukunft kein rechtsfreier Raum sein!**

Eine der Ursachen für die großen Probleme in den Meeren ist, dass sich internationale Fischfangflotten in der Hochsee weitgehend im rechtsfreien Raum bewegen. Es gibt dort bis heute keine Behörde oder Institution zur praktischen Durchsetzung von Umweltschutzbestimmungen. Hier ist auch aus Sicht der Experten von Sharkproject dringender Handlungsbedarf gegeben.

In Lissabon wurden zwar von mehreren Staaten ermutigende Initiativen und erfolgreiche, regionale Einzelprojekte präsentiert, die sich intensiv mit den akuten Problemfeldern Tiefseebergbau, Überfischung, illegale Fischerei, Plastikmüll und Unterwasserlärm befassen. So eröffneten etwa die pazifischen Inselstaaten Palau und Fidschi die Konferenz mit einem Paukenschlag und forderten ein Moratorium für den Tiefseebergbau.

Die offiziellen Abschlussdokumente der Konferenz selbst enthalten aber erneut keinerlei verbindliche Maßnahmen oder rechtliche Verpflichtungen für die internationale Staatengemeinschaft.

Gabriela Futterknecht von Sharkproject International: „Das ist äußerst enttäuschend. Dennoch war in Lissabon spürbar, dass der Ernst der Lage bei vielen Entscheidungsträgern angekommen ist. Es geht inzwischen nicht 'nur' um die Meere, sondern um den Fortbestand der Menschheit.“

“The time to talk is over, now is the time to act!” hieß es in den Abschlussreden der UN-Konferenz.

Dementsprechend werden wir die Vereinten Nationen und die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten an ihren Taten messen und weiter Druck für schnelle Veränderungen machen. Das Ziel von Sharkproject ist es, in Zukunft wieder auf der ganzen Welt gesunde Haipopulationen vorfinden zu können und so zu einem gesunden Ökosystem beizutragen.

**Sharkproject: Europa muss international Verantwortung für Meeres- und Artenschutz übernehmen**

Sharkproject ruft daher die Regierungen der Europäischen Union eindringlich auf, sich den Vorschlägen zur Schaffung einer internationalen Rechtsdurchsetzung und Rechtssprechung bei Verstößen gegen internationale Meeresschutzbestimmungen, wie sie etwa von den Kapverden bei der UNOC eingebracht wurden, sowie den lauter werdenden Forderungen nach einem Moratorium für den Tiefseebergbau aktiv anzuschließen.

Weitere Infos zu den Hai-Schutz- und Bildungsprojekten von Sharkproject unter www.sharkproject.org.

Rückfragehinweis:

Sharkproject Pressestelle

The Skills Group, Jürgen H. Gangoly

[gangoly@skills.at](mailto:gangoly@skills.at), +436642000260